

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/74

18. April 1972

Kapitulation und Neubeginn

Unvermeidliche Konsequenzen deutscher
Geschichte

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für innerdeutsche Beziehungen
Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Hessen gibt ein Beispiel

Datenschutz - eine ständige Aufgabe in unserer
Gesellschaft

Von Hartmut Miegel
Pressesprecher der hessischen Landesregierung
Seite 3 / 46 Zeilen

Karl Heinz Narjes

Ein Ideologe der heilen Marktwirtschaft

Von Karl Heinz Luckhardt MdB Schleswig-
Holstein

Seite 4 und 5 / 94 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Kapitulation und Neubeginn

Unvermeidliche Konsequenzen deutscher Geschichte

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für innerdeutsche Beziehungen

Die Ausstellung "Deutschland 1945 - 1949, Kapitulation und Neubeginn", die vom Gesamtdeutschen Institut und dem Bundesarchiv Koblenz veranlaßt wurde, ist einem Abschnitt der deutschen Geschichte gewidmet, der zwar kurz, aber um so folgenschwerer war. Dem Besucher werden Ereignisse verdeutlicht, die in den ersten Nachkriegsjahren zur Spaltung Deutschlands führten und für den heutigen Zustand in Deutschland weitgehend ursächlich sind. In diesem Zeitabschnitt wurden die Weichen für jene politischen Entwicklungen und Wirklichkeiten gestellt, mit denen wir uns gerade in diesen Tagen und Wochen besonders intensiv auseinanderzusetzen haben: Die parlamentarische Beratung der Ostverträge und im Zusammenhang damit die gesamte öffentliche Diskussion über die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Ausstellung einen außer-gewöhnlich aktuellen Bezug zur Gegenwart. Sie dürfte vor allem auch für junge Menschen von Interesse sein, weil sich die Entscheidungen jener Jahre auch heute noch auf jeden einzelnen von uns auswirken.

Die Deutschlandpolitik ist nach langen Jahren des Immobilismus und der Verhärtung der Fronten wieder in Bewegung geraten. Wir sind uns bewußt geworden, daß die deutsche Nation heute - über 25 Jahre nach Kriegsende - in zwei Staaten getrennt lebt. Beim Rundgang durch die Ausstellung lohnt sich vor diesem Hintergrund eine nähere Beschäftigung mit den ursprünglichen alliierten Plänen für eine Nachkriegspolitik in Deutschland. Man ist einen Augenblick lang versucht, die hypothetische Planung mit der dann tatsächlich entstandenen Lage zu vergleichen, etwa bei der Betrachtung der Konferenzergebnisse von Jalta. Damals einigten sich die Alliierten über die gemeinsame Besetzung und Kontrolle Deutschlands. Die weitere Entwicklung in Deutschland ist über viele Beschlüsse und Konferenzergebnisse hinweggegangen. Sie zeigte, daß die Alliierten trotz vieler Beratungen keine einheitliche Konzeption für eine gemeinsame Nachkriegspolitik in und für Deutschland besaßen.

Das "Potsdamer Abkommen" enthielt zwar eine Reihe von "politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen" zur Behandlung Deutschlands wie die Wiederherstellung des politischen Lebens auf friedlicher

und demokratischer Grundlage, die Zulassung politischer Parteien und Gewerkschaften und als eine der wesentlichen Bestimmungen - die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit; heute wissen wir aber, daß die unterschiedliche Auslegung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Uneinigkeit der ehemaligen Verbündeten in der Reparationsfrage und schließlich die radikalen Eingriffe in die sozialökonomische Struktur der sowjetischen Besatzungszone eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Alliierten nicht aufkommen ließen.

Die weitere Entwicklung führte 1948 zum Zerfall des Kontrollrats, zu getrennten Währungsreformen in Ost und West, zur Berliner Blockade und zum Zusammentritt des Parlamentarischen Rates der Westzonen in Bonn. All diese Ereignisse, die schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik führten, folgten den Entscheidungen der ersten Nachkriegsjahre mit einer gewissen Zwangsläufigkeit.

Ein Vergleich der ersten Nachkriegsjahre mit der heutigen Situation in Deutschland läßt erkennen, daß das Ziel unserer Politik, die nationale Einheit zu wahren, heute keineswegs leichter ist als zur Zeit der beginnenden Ost-West-Konfrontation. Wir wissen, daß der Zeiger der Geschichte nicht auf das Jahr 1945 zurückgedreht werden kann. Heute stehen wir deshalb vor der schwierigen Aufgabe, die Substanz der Nation zu erhalten. Es geht darum, das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der Verkrampfung zu lösen und ein weiteres Auseinanderleben der Menschen zu verhindern. Aufgabe der praktischen Politik ist es, dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in beiden deutschen Staaten geschaffen und erhalten werden.

Wir haben gerade in den hinter uns liegenden Ostertagen ein eindrucksvolles - und wie ich meine unumstrittenes - Beispiel unserer heutigen Bemühungen um menschliche Erleichterungen erlebt. Das ist zwar nicht das Maximum des Wünschbaren - das weiß auch die Bundesregierung - aber doch ein Schritt nach vorn. Wenn die Zeit von 1945 bis 1949 durch die beginnende Ost-West-Konfrontation gekennzeichnet war, dann steht die heutige Zeit im Zeichen einer sich anbahnenden Entspannung und Kooperation zwischen Ost und West. Es gilt, diese Stunde zu nutzen - im Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

(-/ex/18.4.1972/ks)

* * *

Hessen gibt ein Beispiel

Datenschutz - eine ständige Aufgabe in unserer Gesellschaft

Von Hartmut Miegel

Pressesprecher der hessischen Landesregierung

Als erstes und bisher einziges Bundesland hat Hessen einen Datenschutzbeauftragten. Sein erster Tätigkeitsbericht liegt jetzt als beispielgebendes Dokument der Öffentlichkeit vor. Er ist ein durchaus nüchternes, doch zugleich erregendes Zeugnis für die Problematik des gesamten Gebietes der elektronischen Datenverarbeitung und des Datenschutzes. Es gibt gegenwärtig keine bessere und verständlichere Darstellung dieses Komplexes in so knapper Form - ein Papier, das grösste Aufmerksamkeit finden sollte.

Schon in der Begründung des von Ministerpräsident Albert Osswald am 7. Oktober 1970 unterzeichneten hessischen Datenschutzgesetzes betonte die Landesregierung, sie ergreife mit der Vorlage des Datenschutzgesetzes die Initiative, um nachteiligen Auswirkungen des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung in Regierung und Verwaltung vorzubeugen. Es ging darum, die Privatsphäre der Bürger zu sichern, die Datenbestände vor unberechtigten Zugriffen zu schützen und den Parlamenten aller Ebenen - von der Gemeindevertretung bis zum Landtag - Zugang zu den gespeicherten Informationen zu gewähren. Damit betrat Hessen gewissermassen juristisches Neuland, denn es gibt bis heute keine dem hessischen Datenschutzbeauftragten vergleichbare Einrichtung.

Angesichts der immer weiteren Verbreitung der elektronischen Datenverarbeitung, derer sich Verwaltungen, wie auch private Unternehmungen in immer stärkerem Masse bedienen, spielen die Fragen des Datenschutzes eine immer grössere Rolle - nicht nur im öffentlichen Leben. Es gilt Mittel zu finden, um zu verhindern, dass durch die immer mehr anschwellende Flut der gespeicherten persönlichen Daten einerseits die Privatsphäre der Bürger in Gefahr gerät, oder andererseits die Verwaltung eine Art Allgewissenheit erreicht, die ihre Macht ins Unabwägbar verstärt.

Alle diese Fragen sind im Bericht des hessischen Datenschutzbeauftragten Willi Birkelbach angesprochen worden. Mit berechtigtem Stolz heisst es darin auch, dass Hessen das einzige Land sei, in dem es gelungen ist, durch Gesetz ein handlungsfähiges und weisungsfreies Überwachungsorgan zu schaffen. Doch sind die Wirkungsmöglichkeiten eines auf ein einziges Land beschränkten Modells logischerweise begrenzt. Die Entwicklung und die Zeit drängen. Täglich beinahe eröffnen neue Entdeckungen und Erfindungen auf dem Gebiet der Elektronik neue Möglichkeiten auch auf den Felde der Datenverarbeitung. Doch diese Entwicklungen bergen auch vielfach noch unbekannte Gefahren für den einzelnen und für die freiheitliche Struktur von Staat und Gesellschaft in sich. Der Beauftragte für Datenschutz, Willi Birkelbach, weist in seinem Bericht auch darauf hin. Datenschutz ist also kein Hirngespinnst oder etwa nur ein neuer Verwaltungszweig. Er ist eine permanente Aufgabe in unserer Gesellschaft für unsere Gesellschaft. Hessen hat den ersten Schritt in dieser Richtung getan. Nun ist der Bund am Zuge.

(-/ex/18.4.1972/mäu)

Karl Heinz Narjes

Ein Ideologe der heilen Marktwirtschaft

von Karl Heinz Luckhardt MdL Schleswig-Holstein

"Karl Heinz Narjes", so schrieb die unabhängige 'Süddeutsche Zeitung' nach dessen Bonner Debut, "ist der Beweis dafür, daß die CDU/CSU nach Ludwig Erhard niemanden mehr hatte, der als Garant des Wohlstands plakatiert hätte werden können. Entweder glaubt man, gegen Karl Schiller ohnehin keinen gleichwertigen Kontrahenten aufbieten zu können und richtet sich deshalb auf eine längere Phase der Sympathiewerbung für eine weitere Zukunft ein; oder man wollte auf diese Weise der Klärung der eigenen verworrenen Lage ausweichen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß Strauß so tut, als ob er der alleinige wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion sei, Stoltenberg für die CDU spricht und Barzel sich dieses Gebiet nicht ganz aus der Hand nehmen lassen will." CDU-Wirtschaftspolitik nach Erhard erscheint führungs- und konzeptionslos. Sie beschränkt sich auf Sprücheklopfen und Panikmache. Durchgerechnete Alternativen, die in ihren gesellschaftspolitischen und sozialen Folgerungen programmatische Konzeptionen für Gegenwart und Zukunft darstellen, fehlen bei der CDU. Ohne ein konkretes Programm für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft greift die CDU daher ängstlich auf ihre Ideologen der heilen Marktwirtschaft zurück: eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre.

Jeder sozialdemokratische Ortsvereinsvorsitzende kann praktisch konkretere Aussagen über das komplette Steuerreformkonzept seiner Partei machen als Herr Narjes für die CDU/CSU. Nur, wenn es um die Interessen der Großwirtschaft geht, bekennt er Farbe. Dann tut er das "Schlagwort von der öffentlichen Armut" mit der Bemerkung ab, daß "deutsche öffentliche Hände im internationalen Vergleich als besonders wohlhabend bekannt sind". Entsprechend markiert er die SPD-Forderung nach der Erhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes als einen "unheilvollen Weg". Mit entzweifelnder Offenheit verteidigt er die Steuerflucht des Kapitals ins Ausland: Im Rahmen der europäischen Einigung dürfe sich die Regierung nicht dagegen wehren, "daß sich die Kapitalien am produktivsten Ort zusammenfinden". Narjes hält es für eine "gefährliche Inkonzsequenz", wenn die Regierung einerseits die europäische Integration predige, andererseits in ihrem Steuerdenken "von den Grenzen des 19. Jahrhunderts ausgeht". Hier zeigt sich, daß Herr Narjes in erster Linie Interessenvertreter der wirtschaftlich Privilegierten ist. Die gesellschaftspolitische Aufgabe des Umweltschutzes denunziert er als Instrument der Sozialisten zur Systemveränderung: "Die Sozialisten versuchen, den Umweltschutz als einen Hebel zu benutzen, mit dem sie die freie Marktwirtschaft und kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben möchten" - im Zuge von fälligen Anlageerneuerungen können ja in den Betrieben Verbesserungen prämiert werden, wenn auch nicht "gleich morgen früh um 3 jede Anlage verbessert sein muß, die ein bisschen stinkt". Ohne Zweifel hat sich Narjes einen Namen gemacht als rhetorisch wirksamer Polemiker auf Sozialistenhatz, dessen Freun-Feind-Klischee ihn in eine Reihe mit den anderen Kabinettaspiranten Dregger und

Strauß stellen. Seine Fähigkeit, in einem Atemzug klassenkämpferisch als Interessenvertreter der Arbeitgeber zu agitieren und in der Maske des Biedermannes zur Versachlichung der Diskussion aufzurufen, ist bewundernswert. Von einem verantwortlichen Minister sollte man allerdings mehr erwarten können.

Als Wirtschafts- und Verkehrsminister in Schleswig-Holstein hat Narjes das Versagen seiner Vorgänger fortgeführt. Er ist mitverantwortlich für das Chaos im Fremdenverkehrsgewerbe, das durch die ungeplante Betonierung von Nord- und Ostseestränden entstanden ist. Und er ist mitverantwortlich für den Mangel an Planung im Straßenbau. Ein Generalverkehrsplan, von der SPD seit 1965 kontinuierlich gefordert, konnte weder von den CDU-Ministern Böhnsen, Knudsen und Gaul, noch von Minister Narjes, der seit 1969 amtiert, vorgelegt werden. In der Amtszeit Minister Narjes hat Schleswig-Holstein in der Wohlstandstabelle der BRD das Schlußlicht übernommen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichte Schleswig-Holstein im Jahre 1970 nur 82,7 vH. des Bundesdurchschnitts; das Saarland dagegen 86,8 vH. Noch 1969 lag Schleswig-Holstein an zweitletzter Stelle vor dem Saarland.

Auch andere Wohlstandszahlen beweisen die Rückständigkeit des CDU-geführten Landes Schleswig-Holstein. So nahm Schleswig-Holstein unter den vergleichbaren Flächenländern der Bundesrepublik im Steueraufkommen (1970) und in den Spareinlagen (31.12.1970) den zweitletzten bzw. letzten Platz ein. (Zu bemerken ist, daß Hessen in den meisten Wohlstandszahlen die Spitzenposition einnimmt, obwohl dieses von der SPD regierte Bundesland im Jahre 1945 - wie Schleswig-Holstein - arm und auf die Finanzhilfen reicherer Bundesländer angewiesen anfang, inzwischen aber zu einem vergleichsweise wohlhabenden Bundesland aufstieg und jetzt arm gebliebene Bundesländer über den Länderfinanzausgleich unterstützt. Hessen hat im Gegensatz zu Schleswig-Holstein bewiesen, daß bei entsprechender Politik die Wohlstandsmisere einer Region kein Dauerzustand sein muß.)

Die arbeitnehmerfeindliche, jeder vernünftigen Planung und Lenkung widersprechende Politik der Herren Narjes und Stoltenberg ist die beste Voraussetzung dafür, daß Schleswig-Holstein seine Schlußlichtposition in der Wohlstandsverteilung behalten wird. Genausowenig wie seine abgesetzten Vorgänger hat Narjes die Fähigkeit bewiesen, die Strukturprobleme der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zu lösen - aber das hindert ihn nicht vom "Kalifornien des Nordens" zu schwärmen. Seine markigen Reden mögen konservative und rechtsextreme Gemüter ansprechen, seine Politik Unternehmen und Finanziers Freude bereiten, - für die große Mehrheit der arbeitenden Menschen ist dieser Minister ein Verlustgeschäft. Aber die CDU traut sich zu, diesen Mann für die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und damit für die entscheidenden Weichenstellungen der Gesellschaftspolitik in den Siebziger Jahren anzubieten.

(-/ex/18.4.1972/mü)